

---

# Benjamin R. Barber: If Mayors Ruled the World

Janne A. Kieselbach

---

## 1 Ein urban verwurzelter Kosmopolit

Wenn der US-amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin R. Barber ein neues Buch veröffentlicht, dann lässt das weltweite Medieninteresse nicht lange auf sich warten: Fernsehinterviews in New York, Zeitungsartikel in Seoul und Radiobeichte in London. Er hat keine Berührungängste mit einer breiten Öffentlichkeit – im Gegenteil, die Diskussion und Wirkung seiner Thesen jenseits eines akademischen Fachpublikums erscheinen ihm ganz besonders erstrebenswert (vgl. Deneen, 2002: 17). Denn Barber hat nicht weniger als eine normative Vision. Er tritt ein für eine Weltordnung, die er als »demokratischen Glocalismus« bezeichnet und die auf einem ausgesprochen aktiven Verständnis von Bürgerschaft beruht: Einerseits fordert er, globalen Herausforderungen mit einer neu zu schaffenden Weltdemokratie zu begegnen; andererseits betont er die hohe Bedeutung der Verankerung lebendiger, partizipatorischer Demokratie in lokalen, insbesondere städtischen Kulturen. Dabei wendet er sich deutlich gegen den seiner Ansicht nach liberalen Irrglauben an unabhängige Institutionen und betont stattdessen den Wert kulturell verwurzelter und zugleich vernetzter Persönlichkeiten. Wie solch ein »demokratischer Glocalismus«, also die Kombination vermeintlich entgegengesetzter Entwürfe politisch-geographischer Ordnung, aussehen könnte, beschreibt Barber konkret in seiner jüngsten und hier vorgestellten Monographie »If Mayors Ruled the World. Dysfunctional Nations, Rising Cities« (Barber, 2013a).

Warum sich Benjamin R. Barber seit jeher mit Partizipationspotenzialen und -strukturen sowie ihrem Verhältnis zu lokalen Kulturen beschäftigt, mag sich bereits aus seiner Biografie erschließen. Geboren 1939 in New York, wuchs er im schon damals multikulturell geprägten Stadtteil Greenwich Village auf. Die Eltern arbeiteten beide in der pulsierenden Theaterszene Manhattans. Im Alter von 12 Jahren musste er die Stadt allerdings verlassen und wurde an der Stockbridge

School in Massachusetts eingeschult, die für ihr progressives Konzept ethnischer Durchmischung bekannt war. Rückblickend sagt er von sich selbst, er sei in eben dieser Zeit zum »Internationalisten« geworden (vgl. Rosenfeld, 2001). Nach seinem Studium der Politikwissenschaft, das er u. a. an der London School of Economics absolvierte, wurde Barber 1967 an der Harvard University promoviert. Wie schon in seinem Studium folgte er auch in seiner Dissertation dem Argument, dass politische Teilhabe nur unter Berücksichtigung der partikularen, kulturellen Kontexte realisierbar sei. Thematisch beschäftigte er sich in seiner Arbeit mit den Vorzügen der kantonalen Partizipationsdemokratie in der Schweiz gegenüber liberal-repräsentativen Demokratien in anderen westlichen Staaten (vgl. Deneen, 2002: 17 f.). Die sich daran anschließende akademische Laufbahn war von Erfolgen und Aufmerksamkeit geprägt: Barber erhielt Guggenheim und Fulbright Stipendien; er lehrte u. a. an der Princeton University und der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris; er übernahm die Walt Whitman Professur für Politikwissenschaft an der Rutgers University und gründete dort das »Whitman Center for the Culture and Politics of Democracy« (vgl. ebd.). Nebenher wurde er zu einem der wichtigsten Berater von US-Präsident Bill Clinton – eine Erfahrung, die er allerdings als äußerst unbefriedigend empfand und in seinem Buch »The Truth of Power« verarbeitet (vgl. Rosenfeld, 2001). Im Jahr 2001 wechselte Barber dann als Professor an die University of Maryland und wurde zum Vorsitzenden der zivilgesellschaftlichen Bewegung »Interdependence Movement«, die jedes Jahr am 12. September ein internationales Vernetzungsereignis in Weltstädten organisiert (vgl. Khanna, 2012). Heute ist er Senior Research Scholar an der City University of New York.

Trotz seiner beachtlichen Karriere fremdet Benjamin R. Barber bis heute mit der akademischen Welt, hat Vorbehalte gegenüber der zurückhaltenden Art und Weise, wie Wissenschaft betrieben wird. Im Jahr 2001 teilte er der »Washington Post« mit, er habe stets das leidenschaftliche Eintreten für Ideen vermisst: »I went into the academic world under the illusion that it was a place where people cared passionately about ideas, about teaching, about discourse and about reflecting critically. What I discovered was a world of small-minded, partisan professionals, many of whom were there because they couldn't figure out what else to do. So I created a life inside the academy that reflected the life I wanted to lead« (Barber, hier nach: Rosenfeld, 2001).

Aus seiner langen Publikationsliste sind vor allem drei Werke hervorzuheben, die als besonders einflussreich und prägend gelten: Seinen wichtigsten Beitrag zur Politischen Theorie bildete die 1984 erschienene Monographie »Strong Democracy«, in der er eine radikal offene, für Partizipation zugängliche und nicht durch konstitutionelle Schranken gedrosselte Demokratie entwarf. Barber (1984) argumentierte, die Bürger müssten durch ernstzunehmende Beteiligungsmöglichkei-

ten in die Lage versetzt werden, ihrer gefühlten und faktischen Machtlosigkeit zu entkommen. Partizipation sei zudem ein Wert an sich, weil sie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Konstituenten stärke und somit Vertrauen und Solidarität generiere. Die lebendige Aushandlung von Entscheidungen müsse folglich Priorität vor der formalistischen Rechtsetzung erhalten (vgl. auch Weber, 2012: 235 f.). Barbers vornehmlich liberale Kritiker nannten diese Demokratiekonzeption den Wegbereiter für eine Tyrannei der Mehrheit, weil sie in ihr die Gefahr sahen, jede rechtliche Zügelung der kollektiven Entscheidungsfindung zu vernachlässigen (vgl. Deneen, 2002: 18). Der zweite Erfolg gelang Barber dann mit seinem 1995 veröffentlichten Werk »Jihad vs. McWorld«, das allerdings erst sechs Jahre nach seiner Herausgabe, nämlich kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, in der breiten Öffentlichkeit Beachtung fand und die US-amerikanischen Bestsellerlisten erklomm (vgl. Rosenfeld, 2001). In »Jihad vs. McWorld« analysierte Barber das demokratiegefährdende Potenzial einer zunehmenden Interdependenz zwischen kapitalistischer Globalisierung auf der einen und ethnischem bzw. religiösem Partikularismus und Fundamentalismus auf der anderen Seite. Als Lösung forderte er die Stärkung einer global vernetzten und zugleich regional verankerten Zivilgesellschaft, um – seinem Argument aus »Strong Democracy« folgend – effektive Bürgerbeteiligung auch auf globaler Ebene zu ermöglichen. Wie aber eine solche Kombination aus weltweiter Partizipation und demokratischer Verwurzelung im alltäglich-lokalen Umfeld konkret aussehen könnte, erläuterte Barber erst in seinem dritten, Ende 2013 erschienenen und im Folgenden näher zu untersuchenden Schlüsselwerk. Unter dem Titel »If Mayors Ruled the World. Dysfunctional Nations, Rising Cities« rückten erstmals Städte als zukunftsweisende Arenen demokratischer Kultur in das Zentrum von Barbers politikwissenschaftlicher Forschung.

---

## 2 Städte als Stützpfiler einer globalen Demokratie

»The 19th century was a century of empires, the 20th century was a century of nation states. The 21st century will be a century of cities.« – Mit diesem Zitat von Wellington E. Webb, einem ehemaligen Bürgermeister der US-amerikanischen Stadt Denver, beginnt Benjamin R. Barber (2013a: vii) sein Buch »If mayors ruled the world«. Das Zitat fasst trefflich jene Kernbotschaft zusammen, die Barber auf den folgenden 400 Seiten darlegen und begründen wird. Der Nationalstaat, so sein zentrales Argument, sei durch globalisierungsbedingte Veränderungen nicht mehr in der Lage, seine einstmals große demokratische Integrationskraft zu entfalten; an seine Stelle müssten heute Städte und weltweite Stadtnetzwerke treten, die lokales Engagement und lokale Partizipation nutzen, um globale Probleme

effektiver zu lösen: »In a teeming world of too much difference and too little solidarity, democracy is in deep crisis. With obstreperous nation-states that once rescued democracy from problems of scale now thwarting democracy's globalization, it is time to ask in earnest, ›Can cities save the world?‹ I believe they can« (ebd. 3). Im Folgenden soll genauer betrachtet werden, was das konkret bedeuten könnte: Welche demokratischen Vorteile schreibt Barber (2013a) Städten zu, die Nationalstaaten nicht (mehr) aufweisen? Wie könnte demokratische Weltpolitik aussehen, die tatsächlich urban verankert ist?

Die These, Nationalstaaten verlören unter Globalisierungsbedingungen an gesellschaftlicher Integrationskraft und politischer Handlungsmacht, ist zunächst einmal nicht neu. Kaum eine Frage ist in der Politikwissenschaft, in der Soziologie, aber auch in der Politischen Geographie in den letzten Jahrzehnten so kontrovers diskutiert worden wie jene nach der Zukunft des territorialen Nationalstaates. In den neunziger Jahren, der Hochphase der Globalisierungsdebatte, wurden die radikalsten Thesen formuliert: Vom »end of the nation state« (Ohmae, 1995) und einem »end of geography« (O'Brien, 1992) war zu lesen; in einer Welt globaler Interdependenzen stünde der Bedeutungsanspruch von Nationalstaaten generell in Frage. Andere Autoren schlossen sich zwar der Annahme eines grundlegenden Wandels an, erkannten jedoch im Gegensatz zu einer völligen Denationalisierung bereits die Herausbildung mehrschichtiger Politiksysteme und neuer heterogener Territorialitäten (z. B. Agnew, 1994; Jonas, 1994, Oßenbrügge, 1997). Wieder andere kritisieren bis heute sämtliche Positionen einer Auflösung des Nationalstaates, sie beobachten vielmehr eine Kontinuität des internationalen Systems (z. B. Hirst, 2005; Müller, 2009). An diese Diskussion knüpft Benjamin R. Barber (2013a) an, wenn er zwar nicht die zumindest mittelfristige Existenz von Nationalstaaten anzweifelt, wohl aber ihre Fähigkeit, in einer interdependenten Welt für Problemlösungen zu sorgen: »[...] complacent sovereigntists and stout ›new nationalists‹, along with their conservative patriot allies, rattle on about the sanctity of frontiers and the autonomy of nation-states. [...] They fail to notice that traditional democratic politics, caught in the comfortable box of sovereignty, has become irrelevant to new transnational realities that undemocratic bodies like banks and multinational corporations are enthusiastically addressing in their stead« (ebd. 20 f.). Nationalstaaten seien von Natur aus auf Rivalität und gegenseitige Exklusion ausgelegt, daher blieben sie zwangsläufig unfähig zur Kooperation und zur Herstellung einer globalen Öffentlichkeit. Solange Demokratie von rivalisierenden, souveränen Nationen abhängig sei, könne sie nicht global werden (vgl. ebd. 4). Aber gerade eine solche Globalisierung von Partizipationsmöglichkeiten und Legitimationsstrukturen sei zwingend notwendig angesichts zunehmender sozialer, ökonomischer und ökologischer Interdependenzen. Probleme wie Klimawandel oder Finanzkrisen ließen sich nicht durch souveräne Nationen lösen: »What is

missing is not globalization, but globalization that is public rather than private, democratic not hegemonic, egalitarian rather than monopolistic« (ebd. 12). So formuliert Barber (2013a) denn auch eine klare wie ernüchternde Einschätzung über die Zukunftsfähigkeit des nationalstaatlichen Konzepts: »Today, after a long history of regional success, the nation-state is failing us on the global scale. [...] It is utterly unsuited to interdependence« (ebd. 3).

Die Alternative, die Barber (2013a) den vermeintlich erodierenden Kompetenzen des Nationalstaates gegenüberstellt, mag zunächst überraschen: Könnte es tatsächlich sinnvoll sein, demokratische Gemeinschaften auf kleinere, nämlich urbane Sozialzusammenhänge zu konzentrieren, um größere, nämlich globale Probleme zu lösen? Barber (2013a: 21) jedenfalls erkennt hierin eine historische Logik: Zivilisation und Demokratie seien ursprünglich im städtischen Kontext entstanden, nämlich in der selbstbestimmten und unabhängigen Polis des antiken Griechenlands. Mit der Zeit sei die Stadt jedoch zu einer fortschrittshemmenden Maßstabsebene geworden; für die Etablierung moderner repräsentativer Demokratien zur Zeit der Aufklärung habe es eines neuen Integrationsmodells bedurft, es entstand der territoriale Nationalstaat. Heute weise wiederum die nationalstaatliche Demokratie ein Maßstabsproblem auf und die weltweit vernetzte Stadt werde zur idealen Kombination aus lokaler Integrationskraft und globaler Handlungskompetenz: »Born in the self-governing and autonomous polis, democracy realizes its global telos in the self-governing and interdependent cosmopolis. The circle completes itself« (ebd. 14). Hierbei stützt sich Barber (2013a) im Wesentlichen auf das Argument, dass an die Stelle der Illusion großflächiger Souveränität eine kleinteilige, aber kooperative realistisch-pragmatische Problemlösung rücken müsse. Städte seien hierfür prädestiniert: »[...] it seems possible that they can rescue democracy from sovereignty and find ways to help us govern our world democratically and bottom-up, if only informally; ways to help us solve problems pragmatically rather than ideologically« (ebd. 23).

Aber was genau macht Städte für Barber (2013a) zu solch hoffnungsvollen Einheiten pragmatischer demokratischer Politik? Als ein erstes Argument lassen sich die physische Nähe des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die unmittelbare Teilhabe an gemeinsamer Öffentlichkeit nennen. Barber (2013a) argumentiert, völlig unabhängig davon, welche politisch-geographischen Arrangements wir präferierten, stehe fest, dass politisches Handeln stets in der Nachbarschaft, in Kommunen, in Städten beginne: »Urban life entails common living; common living means common willing and common law making, and these define the essence of political democracy« (ebd. 53). Weit in die Geschichte hinein seien es deshalb städtische Räume gewesen, die ein starkes Verständnis von Öffentlichkeit geprägt hätten – ob nun in Form besonderer Gebäude, Plätze oder Straßen: »Whether in an agora or souk or marketplace, or in a public square or Hyde Park corner or

a pedestrian shopping street, or in the ubiquitous commons that dot the English urban landscape, some idea of a public is captured. The city is in its very essence an integral and coherent commons in a way that an agricultural region or suburban mall never is« (ebd. 71). In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass eine gemeinsame Öffentlichkeit in der politikwissenschaftlichen Literatur als Standardprämisse für demokratische Gemeinwesen gilt, denn erst sie ermöglicht, dass Entscheidungen überhaupt diskursiv hergestellt werden können (siehe z.B. Kiellmannsegg, 1996: 55; Raz, 1994: 77; Zürn, 1996: 40). Und Barber (2013a: 4) merkt an, dass weltweit immer mehr Menschen Teil solcher urbaner Öffentlichkeiten und eines städtischen Zusammenlebens würden – wenn auch nicht mit gleichen Teilhabechancen. Insbesondere in den Ländern des globalen Südens schreite die Urbanisierung rasant voran. Diesen Umstand anzuerkennen, müsse folglich bedeuten, städtischer Politik mehr Beachtung zu schenken.

Als zweites Argument für das demokratische Zukunftspotenzial von Städten lässt sich aus Barbers (2013a) Ausführungen die Möglichkeit einer starken Kongruenz von Betroffenheits- und Beteiligungsstrukturen herauslesen. Mit anderen Worten: Gerade in Städten werden potenziell solche gemeinsamen Entscheidungen getroffen, die angesichts ihrer praktischen, teils profanen Alltagsbedeutung nahezu alle Mitglieder des städtischen Gemeinwesens betreffen. Hinzu kommt, dass die Ergebnisse kollektiver Entscheidungen im urbanen Raum lebensweltlich besonders direkt spürbar und sichtbar sind – das unterscheidet städtische Demokratien laut Barber (2013a: 5 ff., 13; 2013c) wesentlich von ideologiebasierter Politik auf nationalstaatlicher Ebene. Diese Aspekte zusammengenommen eröffnen nicht nur die Chance auf wirkungsvolle kollektive Selbstbestimmung, sondern steigerten auch das Interesse an politischer Partizipation. Die wesentlichen Unterschiede städtischer und nationalstaatlicher Politikinhalte beschreibt Barber (2013a) pointiert: »[...] collecting garbage and collecting art rather than collecting votes or collecting allies; putting up buildings and running buses rather than putting up flags and running political parties; securing the flow of water rather than the flow of arms; fostering education and culture in place of national defense and patriotism« (ebd. 13). In einem Interview mit dem »Spiegel« erklärt Barber (2013b) prägnant: »Busse müssen einfach fahren, der Müll muss eingesammelt werden, wir brauchen Schulen und eine Kanalisation. In Großstädten gibt es enorm viel institutionelle, soziale und technologische Kompetenz. Ich plädiere für eine Multiplikation dieser Kompetenz« (ebd.)

Drittens schreibt Barber (2013a) Städten einen immer schon dagewesenen interdependenten und kooperativen Charakter zu, der in Zeiten einer weltweiten »network society« (Castells, 1998) zum großen Vorteil werde: »Cities once favored walls, but even when under siege, never allowed themselves to be defined by borders. Their natural tendency is to connect, interact, and network. This interde-

pendence is crucial to what makes an urban community a city« (Barber, 2013a: 106). Durch diese Eigenschaften seien Städte besonders prädestiniert, jene zentrale demokratische Herausforderung zu meistern, die territoriale Nationalstaaten unter Globalisierungsbedingungen vor eine zunehmend unlösbare Aufgabe stellen: die Etablierung eines Verhältnisses von Bürgerpartizipation und Steuerungsmacht, das demokratischen Prinzipien genügt. Nationalstaaten seien mittlerweile zu komplex, um wirkungsvolle Partizipation zu ermöglichen, andererseits seien sie aber auch zu partikular, um globale Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Die Lösung für dieses Problem liege auf der Hand: »Let cities, the most networked and interconnected of our political associations, defined above all by collaboration and pragmatism, by creativity and multiculturalism, do what states cannot« (Barber, 2013c). In Städten würden alltagstaugliche Konzepte durch Bürger erarbeitet, die sich dann im Sinne einer administrativen wie auch zivilgesellschaftlichen Vernetzung interurban ausbreiteten. Ob nun die Entwicklung von Strategien der Emissionsreduktion oder die Eindämmung von Waffengewalt – Städte könnten als Knotenpunkte von lokaler Partizipation und globaler Ausbreitung sogenannter »best practices« (Barber, 2013a: 337) gelten.

Viertens verbindet Barber (2013a) das demokratische Zukunftspotenzial von Städten mit einer ganz bestimmten Gruppe kulturell verwurzelter und zugleich global vernetzter Persönlichkeiten: den Bürgermeistern. Auf der einen Seite seien sie wie keine andere Politikergruppe durch Votum und Kontrolle an ihre lokalen Konstituenten gebunden und könnten daher dem Anspruch von »bottom-up representatives« (ebd. 350) am ehesten gerecht werden; andererseits jedoch hätten sie die einzigartige Möglichkeit, sich informell über Grenzen hinweg auszutauschen und trotzdem schnell implementierbare, ideologiearme Lösungen für politische Probleme im globalen Maßstab zu erarbeiten (vgl. ebd. 350 f.). Diese Mischung aus Bürgernähe, Pragmatismus und potenzieller Weltoffenheit müsse als erfolgreiches Konzept gelten: »In an age full of cynicism toward politics, [...] mayors remain astonishingly popular, winning an approval rating two to three times that of legislators and chief executives. To citizens, mayors may seem more important than heads of state. Presidents pontificate principle; mayors pick up the garbage« (Barber, 2013c). In seinem Buch »If mayors ruled the world« stellt Barber (2013a) insgesamt elf aktuelle und ehemalige Bürgermeister von vier Kontinenten in kurzen Porträts vor; darunter Michael Bloomberg aus New York oder Boris Johnson aus London, aber auch Antanas Mockus aus Bogotá und Wolfgang Schuster aus Stuttgart. Er nennt sie hervorragende Beispiele für »urban homeboys« (Barber, 2013b), für pragmatische Lösungsfinder und demokratische Hoffnungsträger.

Nach dieser Aufzählung von Potenzialen könnte vorschnell der Verdacht naheliegen, Barber (2013a) neige zu einer Romantisierung städtischer Verhältnisse

ganz im Sinne seiner theoretischen Kernthesen. Es ist daher unerlässlich, auf seine in begrenztem Maße, aber ebenfalls in »If mayors ruled the world« enthaltenen Analysen urbaner Probleme hinzuweisen. Er erkennt zwei zentrale Gefährdungspotenziale, die jeder demokratischen Orientierung entgegenstehen: zum einen soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, zum anderen Korruption. »Inequality and corruption together are enough to cause cities to lose not only their democratic luster but their potential as global networking nodes« (ebd. 73). Diese Problemfelder seien im urbanen Kontext quasi endemisch; die Dichte von Städten, ihre topographische und demographische Neigung zur Segregation sowie ihre Anfälligkeit für ökonomische Schichtenbildung müssten als schier untrennbar verknüpfte, renitente Charakteristika gelten. Doch Barber (2013a: 213 f.) verweigert sich einem diesbezüglichen Pessimismus und betont stattdessen sein großes Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte von Städten – oder um es mit Jane Jacobs (1961) auszudrücken: »Lively, diverse, intense cities contain the seeds of their own regeneration, with energy enough to carry over for problems and needs outside themselves« (ebd. 462). Laut Barber (2013a: 214) könnten städtische Kreativität und informelle Wirtschaft durchaus in der Lage sein, kleinteilige lokale Lösungen für ein großes Problem wie Ungleichheit zu finden. Ob Maßnahmen wie schnelle Busspuren, die eine gute Erreichbarkeit des Stadtzentrums auch für einkommensschwache Bürger ermöglichten (vgl. ebd. 217), oder soziale Bewegungen wie »Occupy Wall Street«, die einen öffentlichen Diskurs anregten (ebd. 225) – Städte hätten die Fähigkeit, aus ihren Schwächen grenzüberschreitend anwendbare Strategien zu entwickeln und zugleich demokratische Entscheidungsfindung zu stärken: »If a degree of greater fairness and increased opportunity can be achieved in the short run through piecemeal tactical approaches rooted in core urban traits such as creativity and the informal economy, and if we can find in democracy itself a key to addressing the defects of democracy, we may be able to legitimize our quest to give cities and their mayors global influence« (ebd. 215).

Bislang wurden aus Barbers (2013a) Ausführungen zentrale Aspekte herausgearbeitet, die seiner Meinung nach auf ein einzigartiges demokratisches Potenzial von Städten unter Globalisierungsbedingungen hinweisen: die physische Nähe des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die unmittelbare Teilhabe an gemeinsamer Öffentlichkeit; die Möglichkeit wirkungsvoller kollektiver Selbstbestimmung und eines gesteigerten Interesses der Bürger an politischer Partizipation; der grenzüberschreitend vernetzte, kooperative Charakter von Stadtpolitik; die außergewöhnlich bürgernahe und pragmatische Rolle von Bürgermeistern; und nicht zuletzt eine städtische Tendenz zur kreativen Lösung belastender Probleme wie Ungleichheit und Korruption aus dem lokalen Kontext heraus. Wie aber könnte nun ein konkretes Modell aussehen, in dem Städte in der Lage wären, diese Potenziale noch stärker einzusetzen, größeren weltweiten Einfluss zu

erhalten und somit demokratische Partizipation auf globaler Ebene zu implementieren? Barber (2013a: 336 ff.) schlägt hierfür nicht weniger als ein auf Freiwilligkeit beruhendes »Bottom-up«-Weltparlament der Bürgermeister vor. Mit dieser Idee reiht er sich ein in den politikwissenschaftlichen Diskurs über kosmopolitische Demokratiemodelle (z. B. Held, 1995; Beck, 2002) und erweitert ihn um einen stadtbasierten Vorschlag. Sein Argument: Eine formale demokratische Weltregierung, ausgestattet mit einer ähnlichen Souveränität wie einst der territoriale Nationalstaat, sei weder möglich noch nötig; stattdessen müsse die informelle Vernetzung lokaler Akteure unterstützt werden, um ihnen die Möglichkeit einer globalen Verantwortungsübernahme zu geben: »This approach, where participation is bottom-up and voluntary, but actions – once consented to by cities – are universal, is the essence of ›glocality‹« (Barber, 2013a: 341). Ein Weltparlament der Bürgermeister sei keine unerreichbare oder radikale Idee, schließlich wachse die interstädtische Kooperation ohnehin. Bisherige Netzwerke wie UCLG (United Cities and Local Governments), ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives), Metropolis, CityNet oder CityProtocol müssten zusammengeführt werden. Die Arbeit dieser Netzwerke habe bereits wichtige Ergebnisse geliefert; dazu zählt Barber (2013a: 337) die Reduktion städtischer Kohlendioxidemissionen ebenso wie Strategien des partizipatorischen Haushaltens oder Kooperationen in den Bereichen Kultur und Kunst. Der große Vorteil eines solchen überwiegend informellen, am pragmatischen Ergebnis orientierten Zusammenarbeitens seien letztlich dessen Unabhängigkeit und Effizienz: »In governing their cities cooperatively to give their pragmatism global effect, mayors need not await the cooperation of the disunited United Nations, the special interest permeated international financial institutions, private-market multinational corporations, or centuries-old dysfunctional nations. They can act now in ways that are symbolic, exemplary, and voluntary but also practical, efficient, and transformational« (ebd. 338). Barber (2013a) ist daher der Meinung, ein Weltparlament der Bürgermeister sollte auf Überzeugung, Konsens und einer freiwilligen Implementierung von Beschlüssen beruhen; es sollte als eine »Kammer des Zuhörens« (vgl. ebd. 341) den sachlichen Austausch in den Mittelpunkt stellen. Er macht bisweilen sogar konkrete Vorschläge für die Zusammensetzung dieses Weltparlaments und den Tagungsturnus, auf die hier nur verwiesen werden kann (vgl. ebd. 352 ff.).

---

### 3 Einordnung in Barbers Gesamtwerk

Benjamin R. Barbers (2013a) Interesse für Städte mag zunächst verwundern, ist er doch nie zuvor als Stadtforscher in Erscheinung getreten. Sein Werk »If mayors ruled the world« kann dennoch als konsequente Fortführung seines bisherigen

Schaffens gelten. Das hier entworfene Modell einer weltweiten, aber urban verankerten, auf Bürgerengagement beruhenden Volksherrschaft geht in zentralen Aspekten auf seine bereits 1984 in dem Buch »Strong Democracy« entwickelte normative Theorie einer partizipativen Demokratie zurück. Barbers (1984) Verständnis von Partizipation gliedert sich darin in zwei Teile: Einerseits lasse sich der gefühlten und faktischen Machtlosigkeit von Bürgern nur mit einem demokratischen Erziehungsprogramm begegnen, das eine Stärkung von Beteiligungsstrukturen im lokalen, alltäglichen Umfeld umfasse (transformative Funktion von Partizipation); andererseits sei Partizipation aber auch ein Wert an sich, weil sie selbst zum Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung werde und das politische Gemeinschaftsgefühl stärken könne (intrinsische Funktion von Partizipation) (vgl. Weber, 2012: 235 f.). Auch Barbers (2013a) heutige Forderung nach einer informellen, auf Freiwilligkeit und »Zuhören« beruhenden Kooperation lokaler Akteure ist in seinen Ausführungen von 1984 bereits angelegt: Partizipation umfasst für ihn seit jeher nicht nur die Mitwirkung an der Legislative, sondern vielmehr ein breites Repertoire an politischen Handlungs- und Austauschformen. Barber (1984) vertritt daher »[...] einen kommunikationstheoretischen Handlungsbegriff [...], der im Sprechen (political talk) – und nicht im Rechtsetzen – das Paradigma bürgerlicher Betätigung erkennt« (Weber, 2012: 238).

In seinem zweiten vielbeachteten Werk »Jihad vs. Mc World« beschäftigt sich Barber (1995) dann bereits mit der Frage, auf welchen Maßstabsebenen und in welchen Dimensionen eine solche partizipative Demokratie unter Globalisierungsbedingungen überhaupt noch realisiert werden könnte. Allgemein erodiere die Demokratie zusehends in einem Spannungsfeld, das sich zwischen einer neoliberal begründeten Globalisierungsökonomie (»McWorld«) und einem durch Partikularismus geprägten kulturellen, ethnischen und religiösen Fundamentalismus (»Jihad«) aufbaue. Als bedeutende Gegenmaßnahme müsse die Stärkung einer globalen Zivilgesellschaft postuliert werden, die Beteiligungs- und Kooperationsmöglichkeiten schaffe: »If civil society is one key to democracy, then global strong democracy needs and depends on a methodical internationalization of civil society. Civil society in turn must again discover adequate incarnations at the national level to become susceptible to globalization« (ebd. 287). Bereits anhand dieses kurzen Zitats dürfte deutlich werden, dass Barber (1995) seine Forderung nach partizipativer Transformation in »Jihad vs. Mc World« noch recht stark in den Kategorien des Nationalstaates und des internationalen Systems denkt. Eine explizite Abkehr von diesen Kategorien erfolgt erst mit dem stadt-basierten Konzept einer demokratischen Glokalisierung im hier besprochenen Werk »If mayors ruled the world«. Barber (2013a) selbst benennt und begründet diesen Wandel, wenn er schreibt: »The ›strong democratic‹ approach I have long urged for nation-states becomes far more practical in the context of cooperating cities« (ebd. 342).

Die Idee einer Stärkung städtischer Demokratien und ihrer transnationalen Vernetzung geht also im Wesentlichen auf zwei Schlüsselkonzeptionen aus Barbers Gesamtwerk zurück: erstens auf den Entwurf einer partizipativen Demokratietheorie und zweitens auf seine Analysen zur globalisierungsbedingten Demokratiegefährdung.

Angesichts der großen Bedeutung, die Barber der lokalen Verankerung demokratischer Politik zuschreibt, aber auch angesichts der Leidenschaft, mit der Barber immer wieder universalistisch begründete und – seiner Ansicht nach – kontextblinde Institutionen ablehnt, überrascht es nicht, dass sein Gesamtwerk mitunter als kommunitaristisch bezeichnet worden ist (vgl. Weber, 2012: 238). Die sozialphilosophische Strömung des Kommunitarismus entstand Anfang der 1980er Jahre in den USA als kritische Reaktion auf einen erstarkenden Liberalismus, insbesondere auf die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls (1971). Die zentrale Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage, welchen Grenzen sozialer Zusammenhänge noch ein gemeinsames moralisches Vokabular zuzuschreiben sei, das als Basis für demokratische Entscheidungsfindungsprozesse dienen könne (vgl. Honneth, 1991, S. 1049; Walzer, 1990, S. 33). In der Tradition Immanuel Kants gehen Vertreter des Liberalismus bis heute von einem moralischen Universalismus aus und beschreiben demokratische Gemeinwesen als institutionell gefasste, prinzipiell erweiterbare Verbünde emanzipierter Individuen. Kommunitaristische Autoren wie Michael Walzer, Alasdair MacIntyre, Michael Sandel oder Charles Taylor zweifeln hingegen an der Annahme, moralische Standards seien als universell konzipierbar – und knüpfen damit an Positionen der Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Johann Gottfried von Herder an. Sie vertreten stattdessen die Haltung, ein intersubjektiv geteiltes moralisches Vokabular könne nur innerhalb der engen Grenzen spezifischer kultureller, religiöser oder sogar ethnischer Kontexte entstehen und bewahrt werden (vgl. Malowitz, 2007, S. 25 f.). Aus dieser kurzen Skizzierung der Positionen dürfte sich bereits erschließen lassen, dass Barbers Thesen nur mit Einschränkungen dem Kommunitarismus zugeschlagen werden können: Zwar argumentiert auch Barber, lebendige Demokratie sei nicht von universalistischen Institutionen, sondern vom aktiven Diskurs der Bürger in vergleichsweise kleinteiligen Gemeinschaften abhängig. Aber: »Im Unterschied zu einigen Kommunitaristen wie Sandel oder MacIntyre ist Barbers Begriff der Gemeinschaft strikt politisch, er wird als Produkt politischer Partizipation konzipiert« (Weber, 2012: 236). Aus eben diesem Grund verschließt sich Barber (2013a) denn auch nicht der Idee einer kosmopolitischen Entscheidungsfindung, jedoch koppelt er ihre Funktionsfähigkeit – logisch konsequent – an eine strenge Vernetzung mit lokalen Partizipationskollektiven. Mit dieser Argumentationslinie entzieht sich Barber zugleich ein Stück weit der historisch begründeten Kritik am Kommunitarismus, er vernachlässigt die Emanzipation der Individuen aus (mit-

unter essentialistisch begründeten) Sozialstrukturen. Dieser Vorbehalt wurde vor allem in der deutschsprachigen Literatur vorgebracht (vgl. Reese-Schäfer, 1994).

---

## 4 Wirkung und Kritik

Benjamin R. Barber steht keineswegs allein da mit jener stadtbezogenen Grundthese, die er in seinem Buch »If mayors ruled the world« (Barber, 2013a) entwickelt. Sam Roberts (2013) drückte es etwas uncharmant in der »New York Times« aus, als er schrieb, Barbers neues Werk sei Teil einer »Flut in jüngster Zeit veröffentlichter urbaner Manifeste«. Allein im Jahr des Erscheinens von »If mayors ruled the world« wurden gleich zwei weitere Monographien publiziert, die Städte prominent als Hoffnungsträger transregionaler Problemlösung in den Fokus des Interesses rückten: einerseits »The Metropolitan Revolution« von Bruce Katz und Jennifer Bradley (2013), andererseits Vishaan Chakrabarti (2013) »A Country of Cities«. Beide Werke müssen allerdings im Vergleich zu Barbers (2013a) höchst ambitionierter normativer Vision als perspektivisch beschränkt gelten. Während sich Katz und Bradley (2013) auf die wirtschaftspolitische Sphäre konzentrieren, konzipiert Chakrabarti (2013) sein stadtbasierendes Lösungsmodell nur innerhalb der US-amerikanischen Grenzen. Mit seinem Entwurf einer kosmopolitisch angelegten und zugleich urban verankerten partizipativen Demokratie formuliert Barber (2013a) das globalste, umfassendste Modell.

Aber wie plausibel ist sein konkreter Vorschlag? Wenn auch mit Begeisterung und Nachdruck vorgetragen, so werfen Barbers (2013a) Ausführungen doch zahlreiche Fragen auf und geben Anlass zu kritischen Einwänden, die hier nur überblicksartig skizziert werden können: Darf interstädtische Kooperation tatsächlich als frei von Ideologien gelten und sind Städte etwa nicht mit territorialer Souveränität ausgestattet und auf diese bedacht? Wer kommunale Streitigkeiten mit Parteifärbung im Ruhrgebiet beobachtet oder die territoriale Souveränität deutscher Stadtstaaten kennt, der dürfte hieran zumindest Zweifel bekommen. Und sind Städte tatsächlich in der Lage, durch selbstregulierende, partizipativ organisierte Prozesse schwerwiegender Probleme wie sozialer Ungleichheit und Korruption Herr zu werden? Schon im westlichen Kontext erscheint dies mitunter fraglich: »There is, of course, some danger that this urban movement will tend to make cities seem a little too idyllic – all San Francisco, not so much Detroit« (Conniff, 2013). Wie realistisch ist zudem die Idee einer weltweiten Demokratie, die auf Stadtkooperationen und einem Weltparlament der Bürgermeister beruht? Barber (2013a) muss sich hierbei – wie auch andere Autoren kosmopolitischer Demokratieentwürfe (z. B. Held, 1995; Beck, 2002) – unweigerlich den Vorwurf gefallen lassen, die weltweite Demokratieverbreitung, aber auch die Demokratie-

bereitschaft zu überschätzen; mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter Bedingungen, die der »Democracy Index« des Economist Intelligence Unit (2014) nur als Hybridregime oder autoritäre Regime, also nicht einmal als »flawed democracies«, beschreibt. Auch die Unverbindlichkeit des von Barber (2013a) entworfenen Weltparlaments der Bürgermeister gibt jedenfalls all jenen Anlass zu Zweifeln, die seinem Verständnis einer partizipativen Demokratie nicht vollständig folgen können, sondern die Verwirklichung demokratischer Selbstbestimmung mindestens teilweise an unabhängige, verbindliche, souveräne Institutionen knüpfen. Und in diesem Kontext stellt sich darüber hinaus die ganz praktische Frage, wer in einer Weltdemokratie der Städte eigentlich die Landbevölkerung vertreten könnte: »Even if cities do become the locus of global problem-solving, thorny questions remain as to [...] whether or not such relationships are democratic and representative in nature given that only half the world's population lives in cities (though this figure is rising rapidly)« (Khanna, 2012). Zwar greift Barber (2013a: 343 ff.) diesen Einwand explizit auf, doch seine Antwort, eine repräsentative Weltregierung der Stadtbürger sei immerhin besser als gar keine effektive Vertretung der Bürgerinteressen im globalen Maßstab, dürfte die Zweifler unwesentlich befriedigen: »[...] to paraphrase Churchill, we might agree that a global mayors parliament is the ›worst form of global democratic governance in the world... except for all the other forms« (ebd. 344).

Vielleicht ist aber auch gerade die Vielzahl offener Fragen und potenzieller Angriffspunkte ein untrennbares Charakteristikum ambitionierter normativer Visionen, das ihre übergeordnete Bedeutung keineswegs schmälert: Ob Benjamin R. Barbers (2013a) stadtbasiertes Weltdemokratiekonzept, ob David Helds (1995) Modell einer kosmopolitischen Demokratie oder Ulrich Becks (2002) kosmopolitische Öffnung des Staates – sie alle beinhalten zweifelsohne mutige, streitbare Thesen und regen gerade deshalb einen notwendigen Diskurs in Wissenschaft und Gesellschaft darüber an, auf welchen sozialen und räumlichen Maßstabsebenen Demokratie zukünftig überhaupt noch praktikabel erscheint. Denn auch wenn die Neunziger-Jahre-These des erodierenden Geltungsanspruchs von Nationalstaaten (vgl. Ohmae, 1995; O'Brien, 1992) zwanzig Jahre später realpolitisch nicht unbedingt plausibler geworden ist, so kann über den schon damals vorgebrachten Hinweis auf die unsichere Zukunft demokratischer Verhältnisse innerhalb des nationalstaatlichen Systems heute mitnichten hinweggesehen werden. Einerseits fällt es unter Globalisierungsbedingungen immer schwieriger, einen Demos zu bestimmen, der groß genug ist, grenzüberschreitenden politischen Herausforderungen tatsächlich selbst- und nicht fremdbestimmt zu begegnen; andererseits zerfallen gesellschaftliche Vertrauens- und Solidaritätsbindungen zugleich in scheinbar immer kleinere Sozialzusammenhänge (vgl. z. B. Zürn, 1996: 39 f.; Offe, 2000: 67 f.). Genau dieses »Strukturdilemma« (Zürn, 1996: 40) versucht Barber (2013a) zu lin-

dern, wenn er die Stärkung einer Gleichzeitigkeit und Interdependenz von kleinteiligen urbanen Beteiligungs- und Öffentlichkeitsstrukturen auf der einen und einer globalen Problemlösung auf der anderen Seite postuliert. Für ihn stellen Bürgermeister nicht weniger als die Bindeglieder zwischen zwei gefährlich auseinanderdriftenden demokratiegeographischen Dimensionen dar. Und so mag Barbers (2013a) Konzeption zwar utopisch, im Detail bisweilen auch naiv wirken, aber sie ist zugleich ein seltener, anregender und daher wertvoller Beitrag zu der Frage, wie Demokratie unter Globalisierungsbedingungen gelingen könnte.

---

## Literatur

- Agnew, J. A. (1994) The Territorial Trap. The Geographical Assumptions of International Relations Theory. In: *Review of International Political Economy*, 1/1, 53–80.
- Barber, B. R. (1984) *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley: University of California Press.
- Barber, B. R. (1995) *Jihad vs. McWorld*. New York: Ballantine Books.
- Barber, B. R. (2013a) *If Mayors Ruled the World. Dysfunctional Nations, Rising Cities*. New Haven: Yale University Press.
- Barber, B. R. (2013b) Städte sind die Lösung. Interview. In: *Der Spiegel*, Nr. 40, 86.
- Barber, B. R. (2013c) The Mayors Shall Inherit the Earth. In: *Politico*. <http://www.politico.com/magazine/story/2013/11/the-mayors-shall-inherit-the-earth-100127.html#.VVZ4obthGo>; Letzter Zugriff: 17. 05. 2015.
- Beck, U. (2002) *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Castells, M. (1998) *The Rise of the Network Society*. Cambridge, Mass.: Blackwell.
- Chakrabarti, V. (2013) *A Country of Cities. A Manifesto for an Urban America*. New York: Metropolis Books.
- Conniff, R. (2013) Dysfunctional Nations, Rising Cities. Richard Conniff Reviews *If Mayors Ruled the World* by Benjamin Barber. In: *Conservation Magazine*. <http://conservationmagazine.org/2013/09/if-mayors-ruled-the-world/> Letzter Zugriff: 17. 05. 2015.
- Deneen, P. J. (2002) Barber, Benjamin R. In: Utter, G. H. und C. Lockhart (Hg.) *American Political Scientists. A Dictionary*. Westport: Greenwood Press, 17–20.
- Economist Intelligence Unit (2014) *Democracy Index 2014*. In: [http://www.eiu.com/public/topical\\_report.aspx?campaignid=Democracy0115](http://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=Democracy0115) Letzter Zugriff: 17. 05. 2015.
- Held, D. (1995) Democracy and the New International Order. In: Archibugi, D. und D. Held (Hg.) *Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order*. Cambridge: Polity Press, 96–120.
- Hirst, P. (2005) *Space and Power. Politics, War and Architecture*. Cambridge: Polity Press.
- Honneth, A. (1991) Universalismus und kulturelle Differenz. Zu Michael Walzers Modell der Gesellschaftskritik. In: *Merkur*, 45/512, 1049–1055.

- Jacobs, J. (1961) *The Death and Life of Great American Cities*. New York: Penguin.
- Jonas, A. (1994) The Scale Politics of Spatiality. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, 12/3, 257–264.
- Katz, B. und J. Bradley (2013) *The Metropolitan Revolution. How Cities and Metros Are Fixing Our Broken Politics and Fragile Economy*. Washington, D. C.: Brookings Institution Press.
- Khanna, P. (2012) Could Mayors Rule the World? In: LSE IDEAS. <http://blogs.lse.ac.uk/ideas/2012/01/could-mayors-rule-the-world/> Letzter Zugriff: 17.05.2015.
- Kielmannsegg, P. Graf von (1996) Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, M. und B. Kohler-Koch (Hg.) *Europäische Integration*. Opladen: Leske + Budrich, 47–72.
- Malowitz, K. (2007) *Freiheit in Gemeinschaft. Selbstverwirklichung und Selbstregierung in der politischen Philosophie des Kommunitarismus*. Hamburg: Lit-Verlag.
- Müller, H. (2009) Staatlichkeit ohne Staat – ein Irrtum aus der europäischen Provinz? Limitierende Bedingungen von Global Governance in einer fragmentierten Welt. In: Deitelhoff, N. und J. Steffek (Hg.) *Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 221–258.
- O'Brien, R. (1992) *Global Financial Integration: The End of Geography*. London: Chatham House Papers.
- Offe, C. (2000) The Democratic Welfare State in an Integrating Europe. In: Greven, M. Th. und L. W. Pauly (Hg.) *Democracy Beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order*. Lanham: Rowman & Littlefield, 63–89.
- Ohmae, K. (1995) *The End of the Nation State. The Rise of Regional Economies*. New York: Free Press.
- Oßenbrügge, J. (1997) Die Bedeutung des Territorialstaates im Prozeß der Globalisierung. Geoökonomie oder interregionale Verflechtungen. In: Ehlers, E. (Hg.) *Deutschland und Europa. Historische, politische und geographische Aspekte. Festschrift zum 51. Deutschen Geographentag. (Colloquium Geographicum, 24)*. Bonn: Ferger Verlag, 247–263.
- Rawls, J. (1971) *A theory of justice*. Cambridge, Mass.: Belknap Press of Harvard University Press.
- Raz, J. (1994) Multiculturalism. A Liberal Perspective. In: *Dissent*, 41/1, 67–79.
- Reese-Schäfer, W. (1994) *Was ist Kommunitarismus?* Frankfurt a. M.: Campus-Verlag.
- Roberts, S. (2013) Their Honors. In: *The New York Times*, 24. 11. 2013, BR29.
- Rosenfeld, M. (2001) Global Thinker Benjamin Barber's Ideas on Capitalism and Conflict No Longer Seem So Academic. In: *Washington Post*, 06. 11. 2001, C1.
- Walzer, M. (1990) *Kritik und Gemeinsinn. Drei Wege der Gesellschaftskritik*. Berlin: Rotbuch-Verlag.
- Weber, F. (2012) Selbstbestimmung durch Teilhabe. Theorie der partizipativen Demokratie (Benjamin Barber, Ingeborg Maus). In: Lembcke, O.; C. Ritzki und G. S. Schaal (Hg.) *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS, 223–254.
- Zürn, M. (1996) Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenenprozess. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 37/1, 27–55.

Schlüsselwerke der Stadtforschung

Eckardt, F. (Hrsg.)

2017, VII, 468 S. 4 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-658-10437-5